

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

31. Jänner 2017

zum Thema

**Bringt das neue Koalitionsübereinkommen der
Bundesregierung endlich die notwendige
Integrationsoffensive in Österreich?**

**Das Integrationspaket der Bundesregierung in der
Detailanalyse – seine Auswirkungen auf Oberösterreich**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Bringt das neue Koalitionsübereinkommen der Bundesregierung endlich die notwendige Integrationsoffensive in Österreich?

Das Integrationspaket der Bundesregierung in der Detailanalyse – seine Auswirkungen auf Oberösterreich

Eineinhalb Jahre sind seit dem bisherigen Höhepunkt der aktuellen Fluchtbewegung bereits vergangen, ein einheitliches, bundesweites Integrationskonzept mit klaren Zuständigkeiten, Maßnahmen, Finanzierungsschlüsseln und Zeitfenstern wurde trotz vielfacher Ankündigungen der Bundesregierung immer noch nicht beschlossen. Jene Menschen, die am Höhepunkt der Fluchtbewegung nach Österreich gekommen sind, sind oftmals seit eineinhalb Jahren im Verfahren – und weitestgehend zur Untätigkeit verurteilt. Viele Monate sind ungenützt verstrichen. Von unserem neuen Credo der Integrationsmaßnahmen ab dem ersten Tag war bisher keine Rede. So ist von den zehn auf LR Anschobers Antrag hin von Oö. Landesregierung beschlossenen Maßnahmen für Arbeitsmarktintegration bisher eine einzige umgesetzt, ebenso bei den gemeinsamen Forderungen der Bundesländer für eine Integrationsoffensive.

Integrations-Landesrat Rudi Anschober: „Bisher hat die Bundesregierung die notwendige Integrationsoffensive seit eineinhalb Jahren schlichtweg verschlafen. Der Entwurf des Integrationsministers für ein neues Integrationsgesetz ist ein Debakel. Das neue Arbeitsprogramm der Bundesregierung war der letzte Hoffnungsschimmer – der erste Detailcheck zeigt nun, dass der Integrationsteil weitgehend enttäuscht, nur in einzelnen Punkten Fortschritte erzielt werden konnten.“

Anschober fordert daher von der Bundesregierung noch im Februar einen raschen Integrationsgipfel der Bundesregierung mit den Ländern, um das Integrationspaket des neuen Arbeitsprogramms der Bundesregierung

nachzubessern und tatsächlich einen großen Wurf und eine echte Integrationsoffensive zu schaffen. Gemeinsam können wir es noch schaffen!

Drängen der Länder an BM Kurz

Nach knapp eineinhalb Jahren aktueller Fluchtbewegung wurden die bisherigen Zusagen der Bundesregierung für eine echte Integrationsoffensive gebrochen: nicht umgesetzt wurde zuerst die Zusage von Integrationsminister Kurz vom Dezember 2015 auf einen Integrationsstaatsvertrag zwischen Bund und Ländern, ebenso nicht umgesetzt wurde die beinahe im Monatstakt angekündigte Integrationsoffensive.

LR Anschober: *„Dann ist uns im vergangenen Sommer der Geduldsfaden gerissen - zunächst haben wir eine Mehrheit in der Oö. Landesregierung für ein großes Paket Arbeitsmarktintegration geschaffen, das die Basis für einen ähnlichen, einstimmigen Beschluss der Flüchtlingsreferent/innenkonferenz im November und der Integrationsreferent/innenkonferenz im Dezember 2016 war.“*

Die Stoßrichtung der Länderposition: Integration ab dem ersten Tag in der Grundversorgung, um diese Zeit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, und klare Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Hinsichtlich der konkreten Maßnahmen waren etwa Deutschintegrationskurse, Kompetenzchecks, die Einrichtung von Integrationscoaches, ein bundesweit geführter Integrationspass mit Qualifikationen, die Ermöglichung von Praktika, Volontariaten, gemeinnütziger Beschäftigung oder die Ausdehnung der Lehre für Jugendliche auf alle Sparten im Länder-Beschluss enthalten.

Zusätzlich wurden die Beschlüsse der Oö. Landesregierung im Bereich der Arbeitsmarktintegration auf Antrag von LR Anschober nach den

Flüchtlingsreferent/innen auch von den Integrationsreferent/innen mitgetragen. Dabei geht es etwa um eine kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes in Mangelberufen (nach Vorbild der Lehre) bereits für Asylwerber/innen.

LR Anschober: *„Der bisher vorliegende Entwurf eines Integrationsgesetzes von BM Kurz lässt diese Forderungen nach Integrationsmaßnahmen für Asylwerber/innen absolut unberücksichtigt. Was bringt nun das neue Regierungsübereinkommen für die Integration in Oberösterreich?“*

Regierungs-Arbeitsübereinkommen neu: Details für die Integration in OÖ

Das neue Arbeitsprogramm der Bundesregierung war eine neue und ist vielleicht eine letzte Chance: für die Bundesregierung, allerdings auch für die gemeinsame, einheitliche Integration in Österreich.

Der positive Teil des Integrationskapitels:

In Österreich und damit auch in Oberösterreich soll ein Integrationsjahr für Asylwerber/innen kommen (Arbeitsmarktintegrationsgesetz) mit Kompetenzcheck, Integrationspass, Deutschkursen, Qualifizierungsmaßnahmen, Integrationsbeihilfen für Unternehmen, die Asylberechtigte oder Subsidiär Schutzberechtigte nach dem Integrationsjahr anstellen. Das kann eine Chance sein, hängt jedoch ganz stark von der Umsetzung ab.

Weitgehend sinnlos ist das Integrationsgesetz in der geplanten Ausformung.

Was aber alles fehlt:

- die gesetzliche Lösung der Probleme für Flüchtlingskinder beim freiwilligen 10.Schuljahr
- flächendeckende Qualifikationsprogramme inkl. Basisqualifizierung und

- Nachholen des Pflichtschulabschlusses und Angebote bei weiterführenden Schulen nach der Schulpflicht
- kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber/innen ab dem 6. Anwesenheitsmonats in Mangelberufen
 - Leistbare Zufahrt zu Lehrstellen und Qualifikationsangeboten wie für österreichische Jugendliche
 - Maßnahmen für Wohnungsintegration
 - kein Ende des Zuständigkeitschaos in der Bundesregierung bei den Deutschkursen

Völlig unerwähnt bleiben Strategien:

- zur Bekämpfung der Fluchtursachen und
- für legale Zugänge zur Flucht

Anschober fordert Nachbessern für eine echte Integrationsoffensive - es braucht Integrationsgipfel

Alle Bundesländer haben sich bei der letzten Integrationsreferent/innenkonferenz auf eine umfassende Integrationsoffensive geeinigt. Vielfach zeigt uns auch Deutschland, was im Integrationsbereich erforderlich ist. Diese vorgeschlagenen Maßnahmen müssen in die Integrationsvorschläge des neuen Arbeitsprogrammes eingebracht werden. Dafür braucht es einen raschen Integrationsgipfel von Bundesregierung und den Bundesländern - dann kann es tatsächlich eine Integrationsoffensive geben, die diesen Namen verdient und die es in Österreich braucht. Gemeinsam können wir das schaffen - wenn der politische Wille der Bundesregierung vorhanden ist!